



Die lange Geschichte der „Wende“. Lebenswelt und Systemwechsel in Ostdeutschland vor, während und nach 1989

Leitung: Priv.-Doz. Dr. Kerstin Brückweh

Mitarbeiter/innen: Anja Schröter, Kathrin Zöller, Clemens Villinger

Gefördert von der Leibniz-Gemeinschaft im Rahmen des Leibniz-Wettbewerbs

Die Untersuchung ostdeutscher Lebenswelten in einer längerfristigen Perspektive über den Epochenbruch von 1989 hinweg steht im Zentrum des Projekts. Erst durch die lange Geschichte der Veränderungen in der DDR-Gesellschaft unter der SED-Diktatur, die deutlich über die bekannte Opposition hinausgingen und erheblichen Einfluss auf das revolutionäre Geschehen des Herbstes/Winters 1989 hatten, lässt sich die Komplexität und Widersprüchlichkeit der Vereinigungsgesellschaft verstehen. Durch die Untersuchung der Lebenswelt können die teils subkutanen, teils offenkundigen gesellschaftlichen Dynamiken sowie die Haltungen und Verhaltensweisen der Ostdeutschen über die Zäsur 1989/90 hinaus verfolgt werden. Durch diesen Rahmen einer **langen Geschichte von Revolution und Transformation** werden die bestehenden Narrative der stagnierenden, unpolitischen DDR des späten Staatssozialismus, der euphorischen Selbstermächtigung des Herbstes 1989 und des institutionellen Totalumbaus nach dem Beitritt zur Bundesrepublik verbunden und ggf. aufgehoben.

Die mit 1989/90 verknüpften Umbrüche tragen dabei einen doppelten Charakter, der sich auch in der umgangssprachlichen Unschärfe des Begriffs „**Wende**“ niederschlägt: Aus der Perspektive der Akteure war die friedliche Revolution einerseits etwas von ihnen Gemachtes, repräsentiert durch die Eroberung der Straße, die Entmachtung der SED und die Etablierung eigener Politikformen sowie schließlich die Herbeiführung demokratischer Wahlen. Andererseits setzte diese Aneignung von Handlungsmacht eine Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse in Gang, die über Befreiung und Demokratisierung weit hinausgriff. Der seit den 1970er Jahren eingetretene Verlust der ökonomischen Leistungsfähigkeit sowie die durch die erste freie Volkskammerwahl entschiedene Übernahme der westdeutschen Institutionsordnung ergriffen auch all jene Bereiche, die von der revolutionären Agenda ursprünglich nicht berührt waren. Beide Dimensionen schlugen unmittelbar bis in die Lebenswelt jedes Ostdeutschen durch – als Gestaltungschance und als Zwang.

Vor dem Hintergrund der umfangreichen sozialwissenschaftlichen Transformationsstudien, die zumeist 1989/90 ansetzen, soll in diesem Projekt die vorherrschende Gegenwarts- und Handlungsorientierung durch die gleichrangige Analyse mit der spätsozialistischen und der revolutionären Epoche gesellschaftshistorisch verknüpft werden. Im Zentrum steht die **Frage** nach dem Wechselspiel von Umbrüchen in den Lebenswelten breiterer Bevölkerungskreise und denen der Institutionsordnung, wie sie in der Transformationsforschung als Systemwechsel bezeichnet werden. Wie gestaltet sich das Verhältnis von Lebenswelt und Systemwechsel im Niedergang, in der Befreiung von der diktatorischen und in der Etablierung der

demokratischen, bundesdeutschen Ordnung? Welche Wissensressourcen standen den Akteuren vor 1989 zur Verfügung, wie konnten sie im Umbruch neu organisiert und kommunikativ verhandelt werden? Auf welcher Grundlage und Erfahrung wurden gesellschaftliche Grundfragen debattiert, neu geordnet und in der sozialen Praxis umgesetzt?

Vier **Sondierungsfelder** wurden für diese lange Gesellschaftsgeschichte der ostdeutschen „Wende“ ausgewählt: erstens das Wohnen und die DDR-Praxis des Besitzes und Eigentums von Wohnraum, die Veränderungen der Verhältnisse in der Umbruchzeit und die Neuregelung nach 1990, zweitens die Konstituierung und Prägung von lokaler demokratischer Öffentlichkeit vor 1989 sowie ihre Bedeutung als Erfahrungsressource um 1989/90 und danach, drittens die gesellschaftspolitische Verständigung über Bildung und Erziehung und ihre Gestaltung in der Praxis am Beispiel der Schule und viertens der als wichtige Motivation für den Umbruch von 1989 erkennbare Konsum in seiner langfristigen Bedeutung in der Lebenswelt Ostdeutscher. Entscheidend für diese Themenauswahl sind erstens ihre Bedeutung als Felder des Umbruchs im Herbst 1989 und in der folgenden Übernahme der westdeutschen Institutionenordnung sowie zweitens ihre Alltagsrelevanz in der Lebenswelt, d.h. sie betrafen potentiell jeden Ostdeutschen, in jedem Fall aber breitere Bevölkerungskreise. Aufgrund des explorativen Charakters des Ansatzes wären weitere Untersuchungsfelder denkbar.

Teilprojekt 1:

Unter ostdeutschen Dächern.

Wohneigentum zwischen Enteignung, Aneignung und Neukonstituierung der Lebenswelt

Kerstin Brückweh

Beim Wohneigentum zeigte sich seit den 1970ern unter dem Mantel scheinbar stabiler Verhältnisse angesichts des Verfalls der Altbausubstanz ein steigender Handlungsbedarf, der zugleich mit dem staatlichen Neubauprogramm, der Aufweichung von Eigentumstiteln durch politische Privilegien und der Fixierung informeller Besitzarrangements einherging. Schon vor der Restitutionsregelung des Einigungsvertrages kam es deshalb zu Käufen und Eigentumsübertragungen. Die so entstandenen „verworrenen Verhältnisse“ (Grosser 1998), die weit in die DDR und sogar in den Nationalsozialismus zurückreichen, stellten Bewohner, Besitzer und Eigentümer nach 1990 vor erhebliche Herausforderungen.

Dieses Projekt stellt die Frage, welche Praxis sich in Bezug auf das Wohneigentum in der DDR herausbildete und wie sich das im politischen Prozess der Wiedervereinigung ausgehandelte Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ auf die Lebenswelt der Bewohner auswirkte. Zugleich wird eine lange Perspektive auf die Gesellschaft im Umbruch eingenommen, indem nach den Eigentumstraditionen, -politiken und -praktiken gefragt wird, die in die Regelungen einfließen und die Begegnung zwischen Bewohnern und sog. Alteigentümern einerseits und die Entscheidungen im Verwaltungsapparat zur Klärung offener Vermögensfragen andererseits prägten.

Teilprojekt 2:

Politische Kultur Ost?

Lokale Demokratisierung und Partizipation vor, in und nach der friedlichen Revolution

Anja Schröter

Die Konstituierung kleiner Öffentlichkeiten und deren Bedeutung für die Herausbildung eigener dialog- und konsensorientierter, ziviler Politikformen in Ostdeutschland ist Thema dieses Teilprojekts. Bereits vor 1989 – so die Hypothese – zeigten sich diese Politikformen auf der Ebene von klein dimensionierten, lebensweltlichen Kommunikationsräumen und führten zu subkutanen Haltungsveränderungen und Repolitisierungen in Teilen der Bevölkerung, die sich als prägend für die Art der Revolution von 1989 und die Herausbildung eines ostdeutschen Politikverständnisses erwiesen.

In diesem Projekt wird die Frage untersucht, welche Dynamiken sich in halb-offiziellen Räumen entfalteten, die als Encounter- oder Veranstaltungsöffentlichkeit einen zentralen Ausgangspunkt für Autonomisierungsprozesse darstellen. Damit öffnet sich der Blick auf die politische Kultur in Ostdeutschland als Summe politisch relevanter Einstellungen, Meinungen und Wertorientierungen und daraus resultierender Interaktionen innerhalb der Bevölkerung, die sich in der DDR unter den Bedingungen einer politischen Doppelkultur neben der offiziellen Zielkultur des SED-Staates entfaltete.

Teilprojekt 3:

Bildung, Leistung, Disziplin.

Die ostdeutsche Schule als Lebenswelt im Umbruch

Kathrin Zöllner

In der DDR stellten Schulen Räume besonders starker ideologischer Durchdringung und Militarisierung dar, um die Jugend zu gewinnen und zu formen. Sie waren der klassische Ort zur Einübung der Trennung zwischen öffentlicher und privater Meinung und wiesen deutliche, politisch bedingte Zugangsschranken (z.B. Christen, Bürgertum, politisch-soziale Abweichler) und Privilegierungen (z.B. Partei, Militär) auf. Zugleich präsentierten sie sich, mit noch genauer zu bestimmendem Erfolg, in der bildungspolitischen Konkurrenz mit der Bundesrepublik als leistungsfähig in Hinblick auf die Kompetenzen der Schulabgänger in Fach- und Allgemeinbildung und – im Falle politischer Konformität – phasenweise als sozial relativ durchlässiges Einheitsschulsystem.

Mit der Mobilisierung der Bürgerbewegung im Herbst 1989 rückte die Frage nach der Schule als Zurichtungsstätte der kommunistischen Diktatur in die öffentliche Debatte. Ausgelöst durch Christa Wolfs öffentliche Klage über die Erziehung zur Unmündigkeit vom November 1989 entbrannte ein Streit über die Legitimität des hergebrachten Systems, gefolgt von einer unübersichtlichen Phase der Aufarbeitung von politischen Disziplinierungen, Personalaustausch, Verunsicherung und neuerlichen Anpassungsleistungen, bedingt durch die Übernahme des bundesdeutschen dreigliedrigen Schulsystems.

In den 1990ern gab es nirgends sonst eine so hohe personelle Kontinuität akademisch ausgebildeten Personals und zugleich Ansätze eines neuen Selbstbewusstseins im Diskurs über Elitenbildung und Krise des deutschen Schulsystems, verbunden mit Ko-Transformationseffekten im Westen. Aus der Verflechtung dieser Entwicklungen resultierten in der späten DDR, dem Umbruch und der Übernahme des westdeutschen Schulsystems eine Fülle unterschiedlicher Konfliktfelder, zu denen sich die Akteursgruppen vor Ort (z.B. Schulleitungen, Administration, politische Funktionäre, Kollegien, Schüler/innen, Eltern) positionieren mussten.

Ziel des Projekts ist die Untersuchung gesellschaftlicher Debatten in ihrer Wirkung und Ausprägung vor Ort, d.h. in der schulischen Lebenswelt. Das Spannungsfeld zwischen Kontinuität und Legitimationskrise – so die Hypothese – war hier besonders intensiv ausgeprägt.

Teilprojekt 4:

Systemkritik und Distinktion.

Ostdeutsche Konsumgesellschaft in der langen Geschichte der „Wende“

Clemens Villinger

Der Wunsch nach unbeschränktem Zugang zu Konsumgütern war ein zentrales Motiv weiter Bevölkerungsteile für die Revolution von 1989. Nach einer Phase des Aufschwungs in den 1960ern und frühen 1970ern prägten den „Konsumsozialismus“ seit Mitte der 1970er zunehmende Stagnation und erneute Versorgungsengpässe; zugleich zeigten sich soziale Differenzen bei Konsummustern (subventionierte Grundnahrungsmittel, teure Qualitätsprodukte) und die Akzeptanz westlicher Konsumbilder. Der hohe Symbolwert von Westmarken im DDR-Alltag, aber auch die soziale Distinktion über bestimmte Konsumgüter (Bier vs. Cognac) und DDR-Produkte („Delikat“-Waren, Rotkäppchen-Sekt) werfen die Frage auf, wie sich DDR-Bürger durch Konsum definierten. Welche Bedeutung hatten dabei die Engpässe, die geringe Qualität und die z.B. durch Verteilungsprivilegien und Intershops zugelassene Ungleichheit für die Unzufriedenheit der 1980er?

Grenzöffnung und Währungsunion verschoben das Koordinatensystem der Distinktion durch Konsum und forderten eine lebensweltliche Neuorientierung. Das galt einerseits für die „sozialistische Art“ des Konsums und dessen Ergänzung durch Praktiken des Teilens, Selbermachens etc. Andererseits gab es eine Etappe des nachholenden Konsums der „Wendezeit“, etwa bei exotischen Produkten oder dem Autokauf, die schnell durch die doppelte Transformation der Erwerbsarbeit begrenzt wurde.

Welchen Einfluss hatte nach 1989 das Spannungsfeld von theoretisch unbegrenztem Konsum und praktischen Beschränkungen in der Lebenswelt, z.B. durch Arbeitslosigkeit? Stellte sich nach 1990 Konsum als Enttäuschung im Hinblick auf Distinktionsmöglichkeiten heraus und geriet erneut in die (System-)Kritik, wenn in die Beurteilung DDR-Erinnerungen und -Erfahrungen der sozialen Sicherung einfließen? Wie entwickelten sich in Ostdeutschland „citizen consumer“, die nach 1989 Konsum nicht nur nachholten, sondern an DDR-Praktiken oder Ostmarken als (nostalgische) Identitätsstifter anschlossen? Im Zentrum des Projekts stehen Konsumbiografien in Abhängigkeit von der Erwerbsarbeit, dem Einkommen und den Konsummöglichkeiten in der Lebenswelt, wobei insbesondere schichten-, milieu- und genderspezifische Unterschiede in den lokal- und mikrogeschichtlichen Untersuchungen analysiert werden.